



Kärnten

Landesorganisation
Bahnhofstr. 34
A-9020 Klagenfurt

Telefon 0463 / 515326
Telefax 0463 / 515326-20
Email: kaernten@gruene.at
Web: <http://kaernten.gruene.at>

Pressegespräch

„Sozial wird grün geschrieben“ –

*Start der Grünen Offensive gegen den Kahlschlag im
Sozialbereich*

Gesprächspartnerinnen:

Barbara Lesjak, Landtagsabgeordnete der Grünen Kärnten

18. November 2009
Salzamt, Klagenfurt



Lesjak: „Sozial wird ab sofort grün geschrieben“

„Die Übernahme des Sozialreferats durch das BZÖ nach der letzten Landtagswahl hat eine dramatische Wende im Sozialbereich eingeleitet: Ohne Rücksicht auf die steigende Armut in unserem Land werden immer mehr Sozialleistungen gestrichen oder gekürzt. Dringend notwendige Unterstützungen wie der Heizkostenzuschuss werden eingespart, während auf der anderen Seite öffentliche Mittel weiter ungehindert und ungekürzt für „Image- und Beratungskosten“ (1.300.000 Euro im Budgetvoranschlag 2009) oder erfolglose Sportvereine (1.000.000 Euro für Spitzensport/SK Austria Kärnten) fließen. Die SPÖ schaut bei diesem Raubbau am Sozialsystem durch die Milchkoalition tatenlos zu. Die Grünen wollen dieser eiskalten Politik eine Sozialoffensive entgegensetzen. Wir wollen, dass das Geld wieder bei den Menschen ankommt und nicht bei den Banken oder bei „Freuderln“,“ erklärt Barbara Lesjak, Landtagsabgeordnete der Kärntner Grünen.

Lesjak: „30.000 Kinder müssen ohne warme Wohnung in Kärnten leben“

Mit der Sozialoffensive wollen die Grünen wichtige Unterstützungen für die betroffenen Menschen in Kärnten erreichen. „Bereits über 90.000 Kärntnerinnen und Kärntner sind arm oder von Armut unmittelbar bedroht. Auch Arbeit schützt nicht mehr vor Armut, denn mehr als 18.000 Kärntnerinnen und Kärntner – insbesondere Frauen – werden strukturell in prekäre Arbeitsverhältnisse (Teilzeit, geringe Entlohnung) gedrängt und gelten als „working poor“. 30.000 Kinder müssen ohne warme Wohnung, ohne genügend Kleidung oder ohne ausgewogene Ernährung leben und erleben bereits in der Kindheit soziale Ausgrenzung. Der zuständige Soziallandesrat Ragger sieht hier tatenlos zu und ist offenbar nicht in der Lage, den Menschen eine soziale Absicherung zu garantieren“, kritisiert Lesjak.

„Während der private Steuerberater von LR Martinz für zweifelhafte Tätigkeiten im Zusammenhang mit dem Verkauf der Landesanteile an der HYPO ursprünglich 12 Millionen und nun doch „nur mehr“ 6 Millionen aus dem Landesvermögen erhalten soll, werden jetzt als Auswirkung der verfehlten Budgetpolitik der letzten Jahre massive Kürzungen im Sozialbereich vorgenommen: bei der Mindestsicherung, beim Heizkostenzuschuss, bei Investitionen für den Bau von Pflege- und Altersheimen, bei der Flüchtlingsfürsorge, bei der Familienförderung u. a. Hier zeigt sich die BZÖ-Handschrift des „Sozialterminators“ Landesrat Ragger, der mit dem Sparstift über viele soziale Errungenschaften einfach drüber fährt“, so Lesjak.



Darüber hinausgehend soll nun sogar noch ein „Kärntner Transferkonto“ eingeführt werden: die Sozialleistungen der Kärntnerinnen und Kärntner sollen transparent gemacht werden. Der Sozialexperte und Autor der aktuellen Umverteilungsstudie Alois Guger kommt allerdings zum Schluss, dass ein Transferkonto nicht notwendig ist. Viel eher sollen die Behörden die Sozialleistungen untereinander besser abstimmen. Für die Grünen ist klar: durch das geplante Transferkonto drohen weitere Einsparungen im Sozialbereich! „Die BZÖ-ÖVP-Regierung zieht den KärntnerInnen offensichtlich das letzte Hemd aus. Die ÖVP soll akzeptieren, dass Sozialleistungen bereits transparent sind! Das einzige, was sowohl von BZÖ als auch ÖVP weiterhin geheim gehalten wird, sind die möglichen Spenden, die sie von Lobbyisten oder der Industrie erhalten“, so Lesjak.

5 Grüne Forderungen, die den Menschen sofort helfen

Um dieser kaltherzigen BZÖ-ÖVP-Sozialpolitik eine klare Absage zu erteilen, treten die Grünen Kärnten vehement für die sofortige Umsetzung von folgenden Maßnahmen im Sozialbereich ein „Wir setzen uns dafür ein, dass das Geld nicht bei den Banken, sondern bei den Menschen landet“, erklärt Lesjak:

1. Grüne Grundsicherung und Mindestlohn

„Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, eine echte bedarfsorientierte Grundsicherung mit Rechtsanspruch einzuführen, die sich an der Armutsgefährdungsschwelle orientiert und bei der keine Kostenersatzpflicht vorgesehen ist. Ferner ist ein bundeseinheitliches Mindestlohngesetz zu verabschieden.“ – Die Armutsgefährdungsschwelle liegt derzeit bei 958,- Euro. (noch nicht veröffentlichte Studie der Statistik Austria zu EU-SILC 2008)

2. Erhöhung und Ausweitung der Wohnbeihilfe

„Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, die Wohnbeihilfe zu erhöhen und den Kreis der Anspruchsberechtigten auszuweiten“. – Die Erhöhung soll sozial gestaffelt bis zu 30,- Euro betragen, die Zumutbarkeitsgrenze muss auf mind. 900,- Euro angehoben werden.

3. „Grünfahren“

„Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, den Kärntner PendlerInnen, SchülerInnen, StudentInnen, AlleinerzieherInnen, PensionistInnen sowie Personen mit Mobilitätseinschränkung auf der Grundlage einer sozialen Staffelung die kostenlose Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel zu ermöglichen.“

4. Heizkostenzuschuss wieder anheben

„Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, die Kürzung des Heizkostenzuschusses zurückzunehmen.“



5. Einführung eines Wohnstargeldes

„Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, einen Gesetzesentwurf vorzulegen, mit dem die Förderung von Jugendlichen im Sinne eines „Wohnstartgeldes“ für die Anmietung, den Kauf, den Bezug und die Einrichtung der ersten eigenen Wohnung geregelt wird.“ - Das Wohnstartgeld soll sozial gestaffelt werden und bis zu 4.000,-- Euro betragen.

Aufforderung mit offenem Brief:

„Abgeordnete sollen nach bestem Wissen und Gewissen und nicht nach Parteizugehörigkeit abstimmen“

„Unsere Forderungen liegen auf dem Tisch und zahlreiche entsprechende Anträge haben wir bereits im Landtag eingebracht. Diese sollen nun rasch behandelt werden. Jede/r einzelne/r Abgeordnete soll im Landtag nach vorliegen der Fakten nach seinem eigenen Gewissen und nicht nach Parteizugehörigkeit abstimmen“, so Lesjak.

Sie kündigt an, jedem/r einzelnen Abgeordneten einen offen Brief zu schicken, mit dem sie jede/n persönlich auffordert, die Grünen Initiativen, die für viele Menschen eine sofortige spürbare Unterstützung und Entlastung bringen würde, zu unterstützen.

„Ich kann mir nicht vorstellen, dass alle Abgeordneten des BZÖ diese eiskalte Linie von LR Ragger mittragen. Die ÖVP hat scheinbar das Wort sozial aus ihrem Wortschatz gestrichen, was für eine christliche Partei eigentlich untragbar sein sollte. Die SPÖ scheint vollkommen apathisch und paralysiert und ist nicht in der Lage, dem ausufernden Kahlschlag im Sozialbereich etwas entgegen zu setzen. Die Grünen sind daher die einzigen, die sich ernsthaft der sozial Schwächeren, die unserer Solidarität und Hilfe bedürfen, annehmen. Sofern die SPÖ ihre Wurzeln nicht vollkommen vergessen hat, erwarte ich mir die Unterstützung der SPÖ-Abgeordneten im Landtag. Mit unseren Anträgen haben alle Abgeordneten die Möglichkeit, diese kaltherzige Linie der Milchkoalition zu korrigieren und sinnvolle Initiativen umzusetzen, die direkt bei den Menschen ankommen“, so Lesjak.

Informationskampagne zur Mindestsicherung

Ein weiterer Schwerpunkt der Grünen Sozialoffensive ist eine Informationskampagne rund um die Mindestsicherung. „Viele Menschen sind unsicher und wissen nicht, ob sie einen Anspruch auf diese Unterstützung haben und wie sie diese beantragen. Die Informationsweitergabe und Öffentlichkeitsarbeit durch das Sozialreferat ist äußerst mangelhaft. Daher werden wir in den kommenden Wochen die Menschen mit einer Informationsbroschüre über ihre Rechte und Ansprüche aufklären“, erklärt Lesjak.